

Netzausbau im Dialog

[09.03.2015] In einem Dialogverfahren wollen Politik und Wirtschaftsverbände einen bürgernahen Diskurs zum Netzbauvorhaben SuedLink führen. Nun wurde eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet.

Der Verband für Energie- und Wasserwirtschaft (VfEW) hat gemeinsam mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft eine Erklärung für ein Dialogverfahren zum Netzausbau unterzeichnet. Ziel ist es, einen bürgernahen Dialog zu etablieren, um Anregungen für die Bundesfachplanung der Nord-Süd-Gleichstromverbindung SuedLink zu gewinnen. Wie der VfEW mitteilt, startet das Dialogverfahren im März 2015 mit dem so genannten Multiplikatorendialog. „Als Verband für nahezu alle Energie- und Wasserversorgungsunternehmen im Land übernehmen wir mit der gemeinsamen Erklärung Verantwortung bei der notwendigen Debatte über den Ausbau der Netze vor Ort“, sagt VfEW-Geschäftsführer Torsten Höck. Der Netzausbau sei insbesondere in Nord-Süd-Richtung von hoher Dringlichkeit, um die schnell wachsende Menge an Öko-Energie aufzunehmen und eine sichere Versorgung zu gewährleisten. „Nur eine leistungsfähige Infrastruktur sichert die Stromversorgung im Land langfristig und trägt zur angestrebten Energiewende bei“, so Höck. Voraussichtlich bis zum Herbst will Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW erste Vorschläge für mögliche Trassenkorridore vorlegen. Auf deren Basis finden dann rund zehn öffentliche Bürgerveranstaltungen in der Region statt. Abgeschlossen werden soll das Dialogverfahren bis spätestens Mitte 2016 durch eine Ergebniskonferenz.

Die Nord-Süd-Gleichstromverbindung soll über 800 Kilometer lang sein und ab dem Jahr 2022 den in Norddeutschland produzierten Windstrom nach Baden-Württemberg transportieren. Damit soll das aus der Stilllegung mehrerer Kernkraftwerke resultierende Energiedefizit ausgeglichen werden. Das Netzbauvorhaben SuedLink gilt als zentrales Projekt für die von der Bundesregierung angestrebte Energiewende.

(ma)

Weitere Informationen zum Projekt SuedLink.

Stichwörter: Netze | Smart Grid, TransnetBW, Politik, VfEW